

Hamburger Echo

Preis 10 A

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Nummer 107

Donnerstag, 17. April 1930

56. Jahrgang

Panzerkreuzer B soll gebaut werden!

Reichsrat beschließt Einsetzung der ersten Rate / Reichsregierung stimmt zu

Wir schwimmen in Geld!

Der Reichsrat lehnte am Mittwoch den Antrag der preussischen Staatsregierung, in den Reichsrat entgegen den Beschlüssen der vereinigten Reichsratsausschüsse keine Mittel für den Panzerkreuzer B einzusetzen, mit 29 gegen 29 Stimmen ab und bewilligte damit die erste Rate.

Für den Panzerkreuzer haben gestimmt: Bayern und Freistaat Sachsen, die preussischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover und die Rheinprovinz. Der Stimme enthielten haben sich Württemberg, Mecklenburg-Strelitz, Bremen und die Provinzen Ober- und Niederbayern. Die übrigen Länder, darunter auch Hamburg, haben gegen den Panzerkreuzer gestimmt.

Das Reichskabinett, das sich am Mittwochmorgen unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning mit den Reichsratsbeschlüssen beschäftigte, beschloß, von einer Doppelvorlage an den Reichstag abzusehen und die Reichsratsbeschlüsse über die erste Rate für das Panzerschiff B dem Reichstage als Grundlage seiner Beratungen zuzuleiten.

Nach diesem Beschluß der Reichsregierung, der sich den bisherigen Taten des neuen Kabinetts würdig anschließt, wird wohl niemand mehr jene dumme Redensart gebrauchen wollen, auch eine Regierung ohne Sozialdemokraten könne kaum anders handeln als ein Kabinett der großen Koalition; auch für sie müßten die tatsächlichen finanziellen Schwierigkeiten leibhaftig bestimmend sein. Das Kabinett Brüning beweist uns, daß das nicht der Fall ist, es zeigt dem deutschen Volk, wie wenig es auf die Finanznot Rücksicht nimmt, wenn es gilt, die Ansprüche der Reichsparteien zu erfüllen. Um die Sympathie der Jungenspartei zu gewinnen, gibt es sogar bedenkenlos preis, was es eben noch als unabhängig erklärt hatte. Die Regierung Brüning erklärte vor dem Reichstag, daß sie nicht die Absicht habe, ihrerseits an dem von ihr vorgelegten Etat etwas ändern zu lassen. Kaum aber hat der Reichsrat mit Stimmengleichheit den preussischen Antrag auf Streichung der Panzerkreuzerrate abgelehnt, als sich dieselbe Regierung Brüning beeilt, auf den Boden dieses Beschlusses zu stellen.

Die Germania, das Berliner Zentrumsorgan, hatte am Mittwoch, als der Beschluß der Reichsratsausschüsse bekannt geworden war, kategorisch erklärt, die Regierung werde nunmehr eine Doppelvorlage einbringen und so den Beschluß des Reichsrates unwirksam zu machen versuchen. Wenige Stunden später hat die Regierung des Zentrumskanzlers das Gegenteil von dem behauptet, was die Germania angekündigt hat. Sie hat wieder einmal vor ihrer eigenen Auffassung die Flucht ergriffen, hat ihre Meinung schneller, als man selbst in Zentrumskreisen glaubte, zum alten Eisen geworfen und sich um ihrer Existenz willen mit dem Bau des Panzerkreuzers B abgefunden, von dem die Germania noch am Mittwochabend sagte, daß er in Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Lage gar nicht in Frage kommen könne. Nach den Jungensjollen, der Ausnahmesteuer gegen die Konsumwaren, den Bestrebungen gegen die Arbeitslosenversicherung — jetzt die Verpulverung von zunächst 2,9 Millionen Mark für ein Schiff, von dem man heute noch nicht weiß, ob es nach seiner Fertigstellung nicht wegen Unbrauchbarkeit infolge unmoderner Einrichtungen sofort verschrotet werden muß.

Als die sozialdemokratische Presse feststellte, daß die Regierung Brüning im Begriff stände, dem hungernden Volk nach den Steuer- und Zollvorlagen noch ein weiteres Opfer zu beschneiden, erwiderte die Germania in der Annahme, daß sich die Regierung gegen den Reichsrat wenden würde: „Die Sozialdemokratie und ihre Presse hatten natürlich nichts Eiligeres zu tun als über die Regierung Brüning herzufallen.“ Die Wirklichkeit zeigt, daß wir nur Taffaden feststellen haben und das konnten wir, weil bei uns über den reaktionären Charakter dieser Regierung Brüning nicht der geringste Zweifel besteht. Was diese Regierung macht und nicht macht, wird von den in ihr sitzenden Vertretern des Stahlhelms bestimmt. Alles für den Besitz und im Sinne der Kapitalisten, das ist das Programm des Stahlhelms und das Programm der Regierung Brüning. Was schert sie die Arbeitnehmer? Die müssen bluten, damit den Bestrebungen und den Geiseln kleiner Claque, die dieser „reaktionärsten Regierung seit der Revolution“ das Leben ermöglichen, entsprochen werden kann.

Es ist nicht von ungefähr, daß in derselben Sitzung des Reichsrates, wo ohne Widerspruch des Finanzministers Moldenhauer die erste Rate für den zweiten neuen Panzerkreuzer bewilligt wurde, die Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, die von Preußen beantragt war, der Ablehnung verfiel, daß aber gleichzeitig für die technische Nothilfe 300.000 M. mehr als Generierung angefordert wurde, in den Etat eingestellt wurden. Die Regierung Brüning beginnt die Sanierung der Finanzen mit merkwürdigen Mitteln, das muß man sagen! Der Zentrumskanzler Schöck, der sein so schnell zum gefälligen Wert gewordenen Urteil abgab, dürfte auch im Zentrum bald eine große Anhängerenschaft hinter sich haben!

Die Abstimmung im Kabinett

Der Beschluß des Reichskabinetts, sich mit dem Panzerkreuzer-B-Beschluß des Reichsrates abzugeben, ist gegen die Stimmen des demokratischen Erziehungministers Dr. Dietrich und des Arbeitsministers Dr. Stegerwald gefaßt worden. Der Zentrumskanzler Dr. Brüning hat gegen den Beschluß des Reichsrates nicht im geringsten opponiert.

In Zentrumskreisen hat die Haltung der Reichsregierung zu dem Beschluß des Reichsrates große Befürchtung hervorgerufen. Man macht keinen Hehl daraus, daß sich die Parteiorganisationen im Lande entschieden gegen die Regierung wenden würden. Was ändert jedoch nichts daran, daß der Beschluß der Reichsregierung gegen den Willen der Zentrumskanzler im Kabinett nicht möglich gewesen wäre. Ganz besonders interessieren würde es, die neue Stellungnahme Joseph Wirths näher kennen zu lernen.

Der Beschluß der Reichsregierung, gegen die vom Reichsrat beschlossene Einsetzung einer Rate von 2,9 Millionen Mark für den Bau des Panzerkreuzers B in den neuen Etat steht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Das Berliner Zentrumsorgan aber, die Germania, hat nach ihrer vergeblichen Attacke am Mittwochabend gegen den Panzerkreuzer B die Sprache verloren und begnügt sich, durch die kommentarlose Wiedergabe der amtlichen Meldungen über die gefällige Kabinettsentscheidung, das Gegenteil seiner gefälligen Annahmen zu betonen.

Der neue Kurs

Keine Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung, aber Mehrbewilligung für die Technische Nothilfe

Infolge der großen Steigerung der Ausgaben, die in dem Etat der Wehrmacht enthalten sind (es handelt sich um 50,1 Millionen Mark mehr als im Vorjahr), haben die preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht im Reichsrat berichtet, in den Ausschüssen

heftige Kämpfe über Streichungen stattgefunden. Es wurden Abstriche von rund 3,5 Millionen beantragt. Infrage Preußens auf Abstriche von weiteren 1,5 Millionen im einzelnen und 10 Millionen pauschal, zusammen 15 Millionen, wurden abgelehnt.

Bei der Arbeitslosenversicherung beantragte Preußen eine Herabsetzung des Beitrages um 3/4 % vorzuschlagen und den Zuschuß auf 120 Millionen (mit Nothilfe) oder 100 Millionen und 20 Millionen Darlehen herabzusetzen. Die Mehrheit lehnte die Beitragserhöhung ab und stellte 150 Millionen Zuschuß ein.

Für die Technische Nothilfe haben die Ausschüsse 300.000 M. mehr eingeleitet.

In der folgenden Einzelberatung beantragte Reichswehrminister Groener die Wiedereinsetzung der von den Ausschüssen gestrichenen Beträge bei den Ausgaben für militärisches Personal, für Gebäudeunterhaltung und -bau. Aus sozialen Gründen und aus Gründen der Disziplin sei es äußerst wichtig, den Mitgliedern der Reichswehr für die Dauer ihrer zwölfsährigen Dienstzeit ein behagliches Heim zu schaffen. Der preussische Staatssekretär, Dr. Weismann, fragte zunächst den Minister, ob er damit einverstanden wäre, wenn der Pauschalbetrag der Streichungen von 3 1/2 Millionen aufrechterhalten wird, ohne daß die Streichungen auf bestimmte Posten festgelegt werden. Groener erklärte, darauf könne er nicht eingehen.

Staatssekretär Dr. Weismann erklärte nunmehr: Angesichts der großen Streichungen beim Sozialetat und auch sonst bei den dringenden Ausgaben können wir es nicht verantworten, auf Streichungen beim Wehretat zu verzichten. Nachdem Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer noch die Erklärung abgegeben hatte, dem Antrag Groener nicht widerprechen zu können, wurde der Wehretat mit den vom Minister Groener beantragten Erhöhungen genehmigt.

Frick lacht sich ins Fäustchen

Joseph Wirth prompt umgefallen

Geldsperr für Thüringen aufgehoben / Ohne Garantien, ohne Sicherheiten

W.F.B. Berlin, 17. April.

Zu der Erklärung, die die thüringische Regierung dem Reichsminister des Innern Dr. Wirth hat zugehen lassen, erfahren wir noch, daß angesichts dieser Sachlage der Reichsminister des Innern die bisherige Einstellung der Zuschüsse für Polizeizwecke und sonstiger Ueberweisungen an Thüringen aufgehoben hat. Staatssekretär Zweigert wird nach Osnabrück die Besprechungen mit dem thüringischen Staatsministerium aufnehmen.

Und es kam, wie es kommen mußte. Joseph Wirth, der Mann der starken Worte, hat sich auf Befehl von Schiele und Trevisan dem Putschisten Frick unterworfen. Ohne Bedingung, ohne Garantie zahlt er wieder die Gelder an Thüringen, damit Frick sie zur Unterwürfung des Staates verwenden kann. Ein paar freundliche Worte des thüringischen Ministers Baum haben genügt, um aus dem brillanten Eismann Wirth ein sanftes Lamm zu machen. Frick kann sich ins Fäustchen lachen. Als Seevering im Innenministerium saß, mußte er zittern. Seevering läßt nicht mit sich spaßen. Seevering bleibt ruhig und sachlich auch bei den größten Antworten aus Weimar, aber Seevering bleibt fest. Wirth aber liebt große Worte. Wenn es jedoch ernst wird... Wenn die Brüning und Schiele mit der Stirne tunzeln...

Nun komme noch einer und sage, die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie sei überflüssig, sie ändere nichts an der Lage. Wenige Wochen haben genügt, um zu zeigen, wie das Bürgerium regiert: Gefrierfleischverbot und Wohnsitzzölle, Konsumwarensteuer und Panzerkreuzer B, und jetzt auch der Umsturz in Thüringen. Wir denken, die Proben genügen!

Ein paar Handelskriege gefällig?

Deutschland als handelspolitischer Friedensstörer / Polnische Protestnote

Die rechtsstehende Deutsche Allgemeine Zeitung erklärt zu dem polnischen Protest gegen die neue Zollregelung in Deutschland, daß mit dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung berechtigte Anschuldigungen zu Worte gekommen sind, die wiederum unter der Herrschaft der Sozialdemokratie zu schweigen hatten. Der deutsch-polnische Vertrag enthalte für Polen auch nach der neuen Zollregelung in Deutschland in viel einseitige Vorteile, daß

an einer Ratifikation polnischerseits nicht zu zweifeln sei. Es bestehe nicht der geringste Grund zur Aufregung. Man darf annehmen, daß der Reichsernährungsminister Schiele hinter diesen Ausführungen steckt. Sie sind, wie im Weltkrieg, auf den Len abgestimmt.

Hier werden noch Kriegserklärungen angenommen. Der Optimismus des Reichsernährungsministers erscheint uns wenig begründet, und zwar ist es nicht Polen allein, das auf die neue Zollregelung in Deutschland reagiert.

Wenn Deutschland einige Wochen nach den Genfer Zollfriedensabmachungen Hochschiffen einführt, dann erscheint es mit Recht vor aller Welt als der handelspolitische Friedensstörer, und wenn es nach dem völlig unbegründeten Optimismus Schieles geht, stecken wir eines guten Tages in Dufeln von Handelskriegen, die uns schlecht, sehr schlecht bekommen werden.

Wie wir erfahren, ist im Auswärtigen Amt eine Note eingegangen, in der die polnische Regierung Einspruch gegen die Zollserhöhungen erhebt, die der Reichstag in der vorigen Woche beschlossen hat. Damit bestätigt sich also die Ankündigung Warshawer Blätter, daß die polnische Regierung Schritte unternehmen werde, weil sie von den Beschlüssen des Reichstages eine Einschränkung der Einfuhr landwirtschaftlicher Artikel befürchtet und der Auffassung ist, daß

Der Entscheidung des Innenministers Wirth war folgendes Schreiben Thüringens voranzugehen.

Aufhebung der Geldsperr gefordert
Die thüringische Staatsregierung hat dem Reichsinnenministerium über ihre Stellungnahme zu dem Konflikt mit dem Reich ein längeres Schreiben zugehen lassen, in dem sie sich bereit erklärt, gemeinsam mit der Reichsregierung wegen der Berechtigungsmöglichkeit des thüringischen Ermächtigungsgesetzes

den Staatsgerichtshof zwecks Klarstellung der umstrittenen Fragen anzurufen.

In dem Brief wird gleichzeitig betont, daß bei der Landespolizei Thüringens eine Verletzung der Bedingungen für die Gewährung von Zuschüssen für Polizeizwecke niemals stattgefunden hat und deshalb

die Erwartung ausgesprochen, daß die nicht begründete Sperr der Zuschüsse der Zuschüsse für Polizeizwecke an Thüringen alsbald aufgehoben wird.

Der bei der Besprechung des thüringischen Staatsministers Baum in Aussicht gestellte Besuch des Staatssekretärs Zweigert in Weimar sei dem Vorsitzenden des thüringischen Staatsministeriums willkommen. Gelegentlich dieses Besuches werde die von dem Reichsminister des Innern gewünschte Unterredung des Staatssekretärs Zweigert mit dem Staatsminister Frick stattfinden können.

Die Landesregierung Thüringens bedauert es lebhaft, daß neuerlich in der Presse dem bevorstehenden Besuche des Herrn Staatssekretärs Zweigert der Charakter einer amtlichen Kontrolle beigegeben wird.

Weniger es zu der Besprechung Wirth-Baum kam, hat die thüringische Regierung die Reichsregierung wissen lassen, daß sie

hinter der bekannten Erklärung des Ministers Frick, Herr Seevering könne lange warten, bis er eine Antwort auf sein Schreiben erhalten werde, nicht gefunden habe und auch jetzt nicht sehe.

In der polnischen Presse war der Zweck der Aktion der Warschauer Regierung dahin gekennzeichnet worden, daß es ihr darauf ankomme, einen Ausgleich für etwaige Benachteiligungen zu schaffen.

Weitere Aufklärung der Bombenanschläge

Die dritte Sprengladung beschlagnahmt / 5 weitere Personen festgenommen

Vom Polizeipräsidium Altona wird mitgeteilt:

Den Bemühungen der Polizei ist es gelungen, in den Büroräumen der Papierwarenfabrik von L. W. Tren & Co., Altona, Friedensallee 38, die noch fehlende dritte Sprengladung, die ebenfalls Hellmann und Koch angefertigt hatten, zu beschlagnahmen. Der Koffer hatte der Prokurist dieser Firma, der Kaufmann Karl Kienich, von dem Kaufmann von Wilmowich-Moellendorf im Auftrag des Hellmann erhalten. Der Koffer hatte die gleiche Anordnung wie die in Bad Oesede und in Neumünster verwendeten. Er war vollkommen montiert bis auf die Zündvorrichtung; der Kanister war gefüllt mit über zehn Pfund einer gefährlichen Sprengmasse.

Die Abholung des Koffers in den Büroräumen einer Firma ist deshalb erfolgt, weil dort mit einer Durchsuchung nicht gerechnet worden ist.

Diese dritte Sprengladung war für einen weiteren Anschlag vorgesehen.

Wer führt wen?

Zu den neuen Beschlüssen über den Panzerkreuzer B, die die entschiedene Kursänderung nach rechts noch mehr verdeutlichen, als es bisher schon durch das Agrarprogramm geschehen ist, wird uns aus Berlin geschrieben:

Als die Verhandlungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag zu einem Ergebnis geführt hatten, sah die ostpreussische Provinziallandtag eine Entschleunigung, die die Einstellung einer ersten Rate für den Panzerkreuzer B in den Etat für 1930 forderte. Diese Entschleunigung gab der Forderung eine ungewöhnliche politische Begründung. Sie behauptete, daß der Bau eines zweiten Panzerkreuzers notwendig sei, um die Provinz Ostpreußen vor polnischen Gefährdungen zu schützen. Der ostpreussische Provinziallandtag nahm damit nicht nur Stellung gegen den Beschluß der damaligen Regierung, die auch die Einstellung einer sogenannten Anerkennungsgeld in den Etat für 1930 abgelehnt hatte, er wandte sich zugleich sehr stark gegen die allgemeinen politischen Richtlinien, die Reichsaußenminister Curtius bei seinen Verhandlungen über den Vertrag mit Polen vertreten hatte.

Der Vertreter Ostpreußens im Reichsrat, Freiherr von Gahl, der auf dem rechten Flügel der Deutschnationalen steht, hat versucht, diese Entschleunigung in den Reichsratsausschüssen durchzubringen. In der zweiten Lesung des Etats in den Reichsratsausschüssen ist es ihm am Montag gelungen, trotz des Widerpruchs Preußens, eine Mehrheit für die Einstellung einer ersten Rate von 2,9 Millionen Mark für Panzerkreuzer B in den Etat für 1930 zu gewinnen. Die Mehrheit ist zustande gekommen, weil Reichswehrminister Groener den Antrag begrüßt hat und weil er zugleich den vereinigten Reichsratsausschüssen mitgeteilt hat, daß auch der Reichskanzler Brüning einem solchen Antrag sympathisch gegenüber stehe. Herr Moldenhauer, der bei dieser Erklärung zugegen war, hat keinen Widerspruch erhoben.

Im Plenum des Reichsrates hat am Mittwoch der Berichterstatter Dr. Brecht mitgeteilt, daß sich in der zweiten Lesung für die Reichsratsausschüsse eine neue Situation diesem Antrag gegenüber ergeben hätte, weil die Regierung erklärt habe, daß sie die Annahme beabsichtige und sich mit Material und Gründen für diesen Antrag des Reichsrates einsehen würde. Damit war zwar nicht die Initiative der Reichsregierung festgesetzt, wohl aber die Tatsache, daß es ihre Erklärungen waren, die zum Beschluß der Reichsratsausschüsse geführt haben. Herr Groener und Herr Moldenhauer waren wieder beide anwesend. Aber diesmal schweigend Herr Groener und Herr Moldenhauer redete. Er erklärte, die Reichsregierung werde keine Initiative entfalten, sie biete aber den Reichsrat, nach sachlichen Gesichtspunkten zu entscheiden und sich von der Reichsregierung nicht beeinflussen zu lassen. Die Haltung der Reichsregierung war betont, daß der Vertreter Württembergs auf das Widerspruchsvolle ihrer Erklärungen von Montag und vom Mittwoch hinwies. Der Reichsrat hat dann einen preussischen Antrag, diese erste Rate wieder zu streichen, mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Herr Groener hat also eine positive Erklärung für die Einstellung der ersten Rate in den Etat abgegeben, Herr Moldenhauer hat seinerseits eine weniger positive Erklärung abgegeben. Aus der demokratischen und der Zentrumspresse war zu entnehmen, daß das Kabinett sich mit den Beschlüssen der Reichsratsausschüsse nicht einverstanden erklärt, sondern dem Reichstag eine Doppelvorlage zugehen lassen werde und an dem bisherigen Standpunkt der Reichsregierung festhalten werde. Tatsächlich hat das Reichskabinett am Mittwoch aber anders entschieden. Es hat sich auf den Boden des Reichsratsbeschlusses, der nur gegen die höchstmögliche Mindestheit zustande gekommen ist, gestellt.

Das alles ist höchst seltsam und widersprüchlich. Wir haben immer wieder gehört, daß das Kabinett Brüning ein Kabinett der starken Führung sei. Es fragt sich nur: Wer führt wen?

Bei den Agrarvorlagen hatten die Deutschnationalen die Führung, sie zwangen das Kabinett Brüning hinter ihre Forderungen.

Bei den Steuervorlagen waren es Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei, die ihren Willen durchsetzen und das Kabinett zu Vorlagen zwangen, die selbst bei den Regierungsparteien tiefstes Mißbehagen hervorgerufen haben.

Wer führt nun hier? Bestimmt der Reichskanzler, Herr Brüning, die Richtlinien der Politik oder der Reichswehrminister Groener? Führt Herr Groener Herr Brüning oder werden sie beide geführt von dem Freiherrn von Gahl und den hinter ihm stehenden Deutschnationalen? Wie kam es, daß in der vertraulichen Sitzung der Reichsratsausschüsse, in die nur selten das Licht der Öffentlichkeit zu fallen pflegt,

Hellmann hatte sich in verschiedenen Orten der Provinz Schleswig-Holstein erkundigt. Da er noch kein geeignetes Objekt gefunden hatte und auch der Lärkreis beziehungsweise der Kreis der Eingeweihten nicht vergrößert werden sollte, was bei einer gleichzeitigen Andringung auf der dritten Sprengladung in der Nacht vom 14. zum 15. März notwendig gewesen wäre, wurde die Ausführung zunächst zurückgestellt.

Von Wilmowich-Moellendorf hat zunächst nur ein Teilgekländnis abgelegt.

Im Zusammenhang mit den Anschlüssen sind als Mittäter beziehungsweise Mittäter weitere Personen festgenommen worden: der Kaufmann Karl Kienich, der Kaufmann Erich Kienich, der Kaufmann Wolfgang Ammermann, der Schüler Oskar Ammermann, der Kaufmann Adolf Andraesen. Durch die Festnahme des Kaufmanns Kurt Hamrock, der früher des aufgeklärten „Wehrwolf“ in Hamburg gewesen ist, dürften die Ausführer die Anschlüsse nunmehr restlos festgelegt worden sein.